Zeitschrift: Frauenbestrebungen

**Herausgeber:** Union für Frauenbestrebungen (Zürich)

**Band:** - (1915)

Heft: 2

**Artikel:** Flugschrift für Einberufung einer unverbindlichen Friedenskommission

durch die Initiative des h. Schweizer. Bundesrates

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-326158

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 19.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gilbert Murray schreibt im Hibbert Journal October 1914 darüber: "Es ist wunderbar zu denken, dass das nicht nur besprochen, sondern wirklich ausgeführt wurde; der grösste Greuel der Welt endgiltig getötet, vernichtet, begraben, nie mehr aufzuerstehen, als Resultat des Zusammentretens der Mächte nach Beendigung des Krieges". Wenn Castlereagh, Metternich, Talleyrand mit dem König von Preussen und dem Kaiser von Russland dazu gebracht werden konnten in 1815, was dürfen nicht wir von der Gruppe erleuchteterer und erfahrenerer Staatsmänner in 1915 erhoffen? Die dann vertretenen Nationen werden hoffentlich die Vereinigten Staaten, Neuseeland, Australien und Norwegen einschliessen, welche schon Erfahrung haben über die Wirkung des Frauenstimmrechts. Alle Völker, die jetzt Krieg führen, wissen, wie viel bitteres Leiden der Krieg den Frauen bringt, jedes anerkennt dankbar die aufopfernden, selbstverleugnenden Dienste seiner Frauen. Schulden die Nationen den Frauen nichts dafür? Sollen diese Heloten bleiben, ausgeschlossen vom Bürgerrecht? Lasst uns nie zufrieden sein mit dieser Stellung. Da ist etwas, das die Frauen aller Länder jetzt schon vorbereiten können. Lasst uns stetig, eifrig und zielbewusst darauf hinarbeiten, dem nächsten Kongress der Mächte den Anspruch der Frauen auf die Rechte des Bürgers zu unter-Millicent Garrett Fawcett. breiten. (Jus Suffragii.)

# Gruss an die Frauen der ganzen Welt.

Der Friedensbund norwegischer Frauen hat den Wunsch, von seiner heutigen Versammlung — am 19. November 1914 im Nobelhaus — einen Gruss an die Frauen aller Länder \*zu senden.

Als Bürger eines neutralen Landes, fern von den Verheerungen des Krieges, sind wir doch erfüllt von den Schrecken, die in des Krieges Fusspur folgen.

In unserer Ohnmacht, Hilfe zu bringen, können wir nichts anderes, als den Völkern der durch den Krieg heimgesuchten Länder in ihren Sorgen und Leiden unsere innigste Teilnahme ausdrücken.

Wir sind überzeugt, dass die Frauen aller Länder, die so lange gemeinsam für die grossen Menschheitsinteressen gewirkt haben, in dieser Zeit beseelt sind von dem Wunsche, zu rütteln an jener Form der Staatenpolitik, die zu Gewaltsentscheidungen führt, die Politik, deren traurige Folgen wir jetzt sehen.

Das Dogma von der Notwendigkeit des Krieges muss gestürzt werden.

Der "legalisierte" Krieg, der in krassestem Gegensatz zu der ethischen und intellektuellen Kulturhöhe steht, zu der die Menschheit sich von Generation zu Generation emporgearbeitet hat, muss jetzt reif sein, humaneren Gesetzen friedlicher Entscheidung in Streitigkeiten der Völker zu weichen.

Nie ist die Friedensarbeit von solcher Bedeutung und Notwendigkeit gewesen, wie in den Zeiten, die jetzt kommen.

Die Verheissung von "einer neuen Erde, auf welcher Gerechtigkeit wohnt", den kommenden Geschlechtern Erfüllung werden zu lassen, ist vor allem die Aufgabe der Frauen.

So senden wir Euch unsern schwesterlichen Gruss mit dem Wunsch, dass dieser für die Menschheit so beschämende Kriegszustand bald abgelöst werde von friedlicher Vermittlung zu freiem Verständnis zwischen den Nationen.

Kristiania, im Dezember 1914.

Randi Blehr Vorsitzende.

Cläre Mjöen Schriftführerin.

### Flugschrift für Einberufung einer unverbindlichen Friedenskommission durch die Initiative des h. Schweizer. Bundesrates.

Nachdruck erwünscht.

#### Aufruf zur Unterschriften-Sammlung.

Die in der Weltgeschichte noch nie dagewesene schwierige politische Weltlage veranlasst einen schweizerischen Philosophen, einen Weg zur Lösung vorzuschlagen, der bisher noch nie betreten worden ist.

Sein Vorschlag geht dahin, es möchte der hohe Schweizerische Bundesrat die Initiative ergreifen zur Einberufung einer Friedenskommission, deren Beratungen und Beschlüsse unverbindlicher Natur wären. Dieselbe müsste sich aus Vertretern aller Staaten zusammensetzen, der neutralen sowohl, als der kriegführenden.

Diese unverbindliche Friedenskommission hätte den Zweck, eine Annäherung herbeizuführen und die Friedenskonferenz der kriegführenden Mächte vorzubereiten. Ob nun die Haager Friedenskonferenz zu dieser Arbeit einberufen, oder ob eine neue Kommission gewählt werde, das ist nebensächlich. Die Hauptsache wäre, dass überhaupt etwas geschähe, um die Friedensunterhandlungen in Fluss zu bringen.

Es würde sich dann weiterhin um die Ausgestaltung eines doppelten Friedensparlamentes handeln, das für alle Zeiten bestehen bleiben könnte.

Die erweiterte Körperschaft, mit Vertretern von allen Staaten der Erde, hätte alle Fragen zu behandeln, welche zu internationalen Differenzen schon geführt haben oder noch führen können. Sie hätte die Aufgabe, neben den höheren politischen auch Fragen wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Art zu untersuchen und zuhanden der betroffenen Staaten zu begutachten.

Ihre Vollmacht müsste in der Weise beschränkt werden, dass sie stets nur in beratendem Sinne ihr Votum abgeben würde.

Daneben hätten dann die wirklich betroffenen Staaten wieder ihre besonderen Konferenzen von entscheidendem Charakter.

Diese Zweispurigkeit wird dem Friedensparlament, welches ja schon längst der Wunsch aller Völker ist, eine durchführbare praktische und erfolgreiche Form geben.

Zur Bekräftigung des hier ausgesprochenen Wunsches wird eine Unterschriftensammlung bei den Einwohnern der Schweiz ins Leben gerufen.

Die nötigen Drucksachen können gratis bezogen werden bei Carl Conr. Wild, Schriftsteller in St. Gallen, welcher sich die Sammlung und Weiterleitung der Unterschriften zur Aufgabe gemacht hat.

## Weibliche Postlehrlinge.

Das Schweiz. Kaufmännische Centralblatt schreibt: "Die Postverwaltung schliesst, wie nun schon seit manchen Jahren, auch heuer wieder das weibliche Geschlecht von der Anmeldung als Postlehrlinge aus. Müssen denn wirklich alle Mädchen, die in den sog. Frauenberufen kein Unterkommen finden, bloss dem Handel zugedrängt werden, wo gerade jetzt — und leider wohl noch auf lange Zeit hinaus — Tausende von Angestellten infolge schlechten Geschäftsganges gar nicht oder nur ungenügend beschäftigt sind? Von Beginn der Mobilisation an schränkte die Post ihre Tätigkeit, auf die man gerade in solchen Zeiten ebenso sicher wie sonst sollte zählen können, zum Nachteil vieler Geschäftsleute und zum Ärger des Publikums überall bedeutend ein — wegen Mangel an Personal! Die Fernhaltung der weiblichen Angestellten vom Postdienst ward so zum Schaden der Verwaltung wie zu dem des Publi-